

Kontinuität und Wandel in der Rekrutierung von SPD-Mitgliedern in einem Berliner Bezirk von 1945 bis 1973

Hohmann, Johannes-Berthold; Hurwitz, Harold; Kuckhahn, Götz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hohmann, J.-B., Hurwitz, H., & Kuckhahn, G. (1986). Kontinuität und Wandel in der Rekrutierung von SPD-Mitgliedern in einem Berliner Bezirk von 1945 bis 1973. *Historical Social Research*, 11(3), 3-35. <https://doi.org/10.12759/hsr.11.1986.3.3-35>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

KONTINUITÄT UND WANDEL IN DER REKRUTIERUNG VON SPD-MITGLIEDERN IN EINEM BERLINER BEZIRK VON 1945 bis 1973

Johannes-Berthold Hohmann, Harold Hurwitz, Götz Kuckhahn(*)

The article seeks to analyse party-membership recruitment with help of application records of SPD-members who lived in Berlin-Schöneberg in the period 1945-1973. Particularly noticeable is the rising proportion of young recruits since the early 1960's. The proportion of workers among new members remains fairly constant throughout; hence there is no evidence that the Godesberg "turn-off" to "Volkspartei" had a significant influence on membership recruitment in Berlin. Characteristic for Berlin may, however, have been the strong role that public employment and membership in trade-unions catering civil servants (workers and employees or "officials") has played ever since 1945. A comparison of the occupations "learned" and "exercised" when applying for membership showed, until the mid-1950's, more or just as much evidence of downward mobility as upward. During the 1960's recruitment of the deprived seems to have been far less frequent than of the previously successful.

Quite constant was the likelihood of recruits remaining party-members for at least six years. Length of membership as well as simultaneous membership by family-members living in the same household are useful indicators for studying the social continuity and integration of party-membership. Comparisons with like data for other regions and parties is called for.

Der Gedanke, sich nicht nur der Parteiarchive mit ihren diversen Quellen wie Briefwechseln, Redeentwürfen, Nachlässen von Politikern usw., sondern auch einfacher Mitgliederdokumente, wie Beitrittsformularen und Karteikarten zu bedienen, die im Gegensatz zu Erstgenanntem nur über den Weg der quantifizierenden Analyse erkenntnisbringend eingesetzt werden können, entstand im Zusammenhang von Fragen, die sich bei der Untersuchung der Berliner SPD als großer Mitgliederpartei nach Kriegsende ergaben. Die empirisch-analytische Auswertung der Beitrittsformulare von neu rekrutierten Parteimitgliedern war hilfreich bei der Aufhellung von Problemen von Kontinuitäten und Brüchen in der deutschen Arbeiterbewegung, der Bedeutung der Einbindung in das ehemalige subkulturelle Milieu dieser Bewegung, sowie bei der Frage der Bedeutung der Erfahrungen, die das neu- oder wieder eintretende Parteimitglied im Faschismus gemacht hatte.(1)

Das Vorhaben, den begrenzten Untersuchungszeitraum auf die gesamte Berliner Nachkriegszeit auszudehnen, drängte sich anschließend geradezu auf. Mit dem veränderten - nämlich mittel- bis langfristigen - zeitlichen Aspekt ergeben sich jedoch unmittelbar eine Fülle von unterschiedlichen Fragen und Herangehensweisen, die der Integration einer allgemeinen Parteientheorie bedürfen.

(*) Address all communications to: Harold Hurwitz, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Malteser Straße 74-100, D-1000 Berlin 46.

Indes wird der Zustand auf diesem Gebiet der politischen Soziologie allgemein als defizitär empfunden(2), so daß unsere Analyse explorativen Charakter hat und sich eine mitunter eklektisch anmutende Darstellung von Einzelergebnissen hier nicht immer vermeiden läßt. Es sei gleichwohl vorab ein theoretischer Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen, bei idealer Datenlage (z.B. der Existenz von Vergleichsstichproben, einheitlicher Quellenlage, keine Repräsentativitätsprobleme etc.) die empirische Auswertung der Mitgliederdokumente der politischen Parteien (Beitrittsformulare, Karteikarten, Mitgliedsbücher, Überweisungsformulare etc.), vornehmlich für die politische Soziologie gewinnbringend eingesetzt werden könnte.

"Politische Parteien sind organisatorische Zusammenschlüsse von sozial und/oder interessenmäßigen und/oder durch gemeinsame politische Ziele verbundenen Teilen des Volkes (auf der Grundlage eines Programms) und streben danach, die Ausübung von staatlicher Macht bzw. ökonomischer und außerökonomischer Herrschaft in ihrem Sinne zu gestalten."(3)
Diese von Stoß bewußt vage gehaltene Parteiendefinition erfüllt dennoch den von ihm als unabdingbar angesehenen Mindestanspruch, welchen er zuvor an eine Parteiendefinition gestellt hat, nämlich der gesamtgesellschaftliche Kontext, der mit der Verklammerung von 1. Gesellschaft, 2. Partei als Organisation und 3. dem Staat aufrecht erhalten bleibt.
Entlang dieses groben Schemas lassen sich dann, vor dem Hintergrund des jeweiligen konkreten historischen Kontextes, bei sich verändernden Rekrutierungsmustern von Parteimitgliedern, bestimmte Fragenkomplexe entwickeln.

So gilt es etwa für den Bereich 'Gesellschaft' und in diesem Zusammenhang auch für das politische System insgesamt zu fragen, inwieweit sich bestimmte innenpolitische, ökonomische und außen- bzw. sicherheitspolitische Konstellationen auf das Rekrutierungsmuster von SPD-Mitgliedern ausgewirkt haben. In diesem Kontext sind Stichworte wie z.B. die Berliner Blockade, die Massenarbeitslosigkeit der frühen fünfziger Jahre, die Zeit vom Chruschtschow-Ultimatum bis zum Mauerbau, als eine Zeit permanenten psychologischen Drucks und die Studentenrevolte zu nennen.

Für den Bereich 'Partei als Organisation' kann ferner gefragt werden, inwieweit veränderte Rekrutierungspotentiale ideologisch-programmatischen Änderungen der SPD geschuldet sind, z.B. dem Godesberger Programm.

Bis auf die kurze Zeit der bürgerlichen Koalition 1953/54 stellte die SPD in Berlin für den gesamten Untersuchungszeitraum die Regierung, bzw. war - für die Zeit der großen und kleinen Koalitionen - die dominante Regierungspartei. Somit kann also auch für den Bereich 'Staat' gefragt werden, inwieweit die konkrete Umsetzung von bestimmten Politikstrategien, etwa die Arbeitsbeschaffungsprogramme der frühen fünfziger Jahre oder die mit hoher Resonanz in der Bevölkerung initiierte Politik der kleinen Schritte, einen Einfluß auf die Rekrutierung von neuen Mitgliedern für die SPD gehabt hat.

Bei alledem ist der Zeitpunkt des Beitritts die wichtigste Variable. Erst in Verknüpfung dieser mit anderen sozialstrukturellen Merkmalen lassen sich sinnvolle Aussagen gewinnen, wobei die Variable Zeit quasi aus den oben erwähnten Fragenkomplexen abgeleitete unabhängige Variablen substituiert. Natürlich ist für das neu beitretende Parteimitglied der Entschluß zum Beitritt Folge einer Einstellungsänderung, entweder in bezug auf sein eigenes politisches Engagement und/oder in bezug auf die Einschätzung der Partei, dessen Mitglied er wird. Da wir hauptsächlich sozialstrukturelle Informationen zur Verfügung haben, können wir nur mittelbar auf spezifische Motivationsstrukturen schließen. Die Antworten auf die oben erwähnten Fragen können von daher nur den Charakter von Hypothesen haben, die bestenfalls auf indirektem Wege abgesichert sind.

Beschreibung und Aufbau der Studie

Die Datenerhebung wurde in den Jahren 1972 bis 1979 im Rahmen des Berlin-Projektes am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin durchgeführt. Sie ist eine von vielen Studien, die in ein langfristig konzipiertes Forschungsprojekt eingebunden sind, dessen bisherige Ergebnisse u.a. in der Reihe "Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945" veröffentlicht werden.(4)

Der Bezirk Schöneberg ist in seiner sozialstrukturellen Zusammensetzung ein "durchschnittlicher" Berliner Bezirk, d.h. weder ein Arbeiterbezirk wie z.B. Kreuzberg oder Wedding noch ein mittelständischer bzw. bürgerlicher Bezirk wie z.B. Zehlendorf. Angesichts fehlender zentral erfaßter Mitgliederkarteien für ganz Berlin (West) seitens der SPD mußte also dieser Weg gewählt werden, um zu verallgemeinerungsfähigen Aussagen zu gelangen.

Die Erhebung über die SPD-Mitglieder in Schöneberg wurde bisher im zweiten Band der genannten Reihe ausgewertet. Hierbei stand vornehmlich die unmittelbare Nachkriegszeit (Juni 1945 bis März 1946) im Mittelpunkt des Interesses. Insgesamt wurden jedoch die Daten von SPD-Mitgliedern erhoben, die in Berlin-Schöneberg zwischen Juni 1945 und Dezember 1973 Mitglieder waren. Die Informationen wurden aus den Mitgliederunterlagen des Kreisbüros Schöneberg der SPD gewonnen. Sie bestanden vor allem aus Beitrittsformularen sowie aus Karteikarten, Überweisungen und gelegentlichen Briefwechsellagen in drei Gruppen bzw. Aktenablagen getrennt vor:

1. Eine Ablage mit Unterlagen über diejenigen, die zur Zeit der Datenaufnahme noch Mitglieder waren,
2. eine Ablage mit den Unterlagen über die Mitglieder, die vor der Datenaufnahme verstorben, ausgetreten, gestrichen oder verzogen waren,
3. eine Ablage mit den Unterlagen über die Mitglieder, die bereits eine lange Zeit vor der Datenaufnahme gestorben, verzogen, ausgetreten oder gestrichen waren.

Die Daten wurden jeweils anhand der drei Ablagen in drei Etappen aufgenommen. Angestrebt war eine fünfzigprozentige Repräsentativerhebung. In den Jahren 1972/73 wurden fünfzig Prozent der Parteibeiträge aufgenommen, die in den Jahren 1945 bis 1950 erfolgten. In der zweiten Phase wurden 1975/76 die Beitritte der Jahre 1951 bis 1963 erhoben. Allerdings können wir hier nicht mit Sicherheit von einer fünfzigprozentigen Stichprobe ausgehen. In der letzten Erhebungsphase wurde die Hälfte der Beitritte der Jahre 1964 bis 1973 aufgenommen.

Die Unterlagen der beigetretenen und zugezogenen Mitglieder der Jahre 1945 bis 1950, die bis zur Datenaufnahme ausgeschieden waren, befanden sich in den Ablagen 2 und 3 (siehe oben) in Aktenordnern, die nach den Anfangsbuchstaben der Namen alphabetisch geordnet waren. Hier haben wir die Hälfte der Ablagen sequentiell nach Buchstabenfolgen ausgewählt; sequentiell deshalb, um Mitglieder gleichen Namens und gleicher Anschrift als Familienangehörige identifizieren und erfassen zu können. Bei der Wahl der Buchstaben wurden Repräsentativitätsprobleme beachtet (z.B. "Schulz", Vorkommen slawischer Namen in Berlin etc.).

In der zweiten Aufnahmeperiode waren diese Unterlagen wegen Umräumungsarbeiten im Kreisbüro aus den Ordnern genommen, an deren Stelle abgelegt und nur teilweise in der alten Ordnung verschürt worden. Eine Wiederherstellung der alten Ordnung bzw. Stichprobenbedingungen war nur unvollkommen möglich. Da ein, wenn auch geringer Teil der Akten fehlte und nicht auffindbar war, stimmte die Namensauswahl dieser zweiten Stichprobe nicht mehr völlig mit der ersten überein. Teilweise haben wir versucht, dies durch Zugriff auf andere Aktenbündel auszugleichen, da die Bündelung der Akten aber oft nicht ihrer vorherigen Sammlung in den Ordnern entsprach, schätzen wir, daß diese Stichprobe nicht ganz fünfzigprozentig ist.

Die dritte Stichprobe ist wieder fünfzigprozentig - die verlegten Akten waren wieder aufgetaucht -, stimmt aber ebenfalls hinsichtlich der Namen nicht völlig mit der ersten Überein.

Die Tatsache, daß wir uns bemühten, bei den Stichproben die gleichen Nachnamen zu ziehen, bietet zwar die Möglichkeit, Familienangehörige an den gleichen Adressen über die Gesamtperiode zu identifizieren. Wegen des dafür erforderlichen Zeitaufwandes konnte das für diesen Bericht jedoch nicht geschehen. Die Identifizierung einer gleichzeitigen Mitgliedschaft mehrerer Familienmitglieder im selben Haushalt erfolgte deshalb nur innerhalb der jeweiligen Aufnahmeperiode.

Mit Hilfe einer Förderung seitens der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden die bereits maschinenlesbar aufbereiteten drei Teilstudien zu einer Gesamtdati zusammengefaßt.

Wie bereits oben erwähnt, wurden die Daten aus unterschiedlichen Quellen gewonnen, nämlich hauptsächlich aus Beitrittsformularen, Karteikarten und Überweisungsunterlagen.

Einen Überblick über die unterschiedlichen Quellen und die daraus zu gewinnenden Informationen gibt Tabelle i.

Tabelle 1: Mitgliederdokumente und die daraus zu gewinnenden Informationen

Variable	Aufnahmeformular									Karteikarten etc.	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
Geschlecht	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Alter	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Familienst.	X	X	X	-	-	X	X	X	-	-	-
Geburtsort	X	X	-	-	X	X	X	X	X	X	X
"Beruf"	X	X	X	-	X	-	-	-	-	-	X
Erl. Beruf	-	-	-	X	-	X	X	X	-	-	-
Aus. Beruf	-	-	-	X	-	X	X	X	X	-	-
Gewerkschaft	-	-	X	-	X	X	X	X	X	-	-
Öffentl. Dienst	X	X	-	-	X	X	X	X	X	-	-

X = Variable vorhanden

- = Variable nicht vorhanden

In den in den Jahren 1945 bis 1947 hauptsächlich verwendeten Aufnahmebögen (Nr. 1-3) wurde, neben fehlenden Angaben zur Gewerkschaftszugehörigkeit zur Zeit des Parteibeitritts, nicht zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf unterschieden, ebenso wie in dem Aufnahmebogen Nr. 5, der in der Zeit von 1948 bis 1951 zur Anwendung kam. In den Aufnahmebögen 3 und 4, verwendet hauptsächlich in den Jahren 1947 bis 1950, wurde nicht nach dem Geburtsort gefragt. Die Aufnahmebögen 6 bis 8 sind vollständig. In dem im Jahre 1973 neu eingeführten Fragebogen wurde nur noch nach dem ausgeübten Beruf gefragt. Außerdem wurde hier der Familienstand nicht ermittelt. Da sich die Zeiten der Verwendung verschiedener Aufnahmebögen teilweise überlappen, sind bis auf die erwähnten Lücken für den restlichen Untersuchungszeitraum, für jedes Jahr die Informationen vollständig.

Die Quellen, aus denen neben den Aufnahmebögen Informationen gewonnen werden konnten, bestanden, neben gelegentlichen Briefwechseln, hauptsächlich aus einfachen Karteikarten bzw. Überweisungsformularen, in denen das Beitrittsdatum, eine einfache Berufsangabe, das Alter, das Geschlecht und der Ge-

urtsort, sowie bei den Überweisungsformularen noch das Datum der Überweisung vermerkt war. Auch bei denjenigen, wo lediglich Informationen auf Karteikarten vorlagen, handelt es sich größtenteils um fortgezogene Parteimitglieder, deren Anteil insgesamt bei 44% liegt. Es bestehen zwischen der Gruppe der Fortgezogenen und der Restgruppe erhebliche Altersunterschiede. So beträgt der Anteil der unter 35-Jährigen in der Gruppe der Fortgezogenen 58% gegenüber nur 29% in der Restgruppe. Umgekehrt beträgt der Anteil der über 54-Jährigen in der Gruppe der Fortgezogenen 10% gegenüber 26% in der Restgruppe. Wir müssen daher bei den Variablen, deren Informationen nur aus den Aufnahmebögen gewonnen worden sind (Familienstand, erlernter und ausgeübter Beruf, öffentlicher Dienst und Gewerkschaftszugehörigkeit), Verzerrungen der Stichprobe im Auge behalten.

Ähnliches gilt für die Gruppe der nach Schöneberg Zugezogenen, welche 16% unserer Stichprobe ausmacht. Auch hier sind die Jüngeren (unter 35-Jährigen) überdurchschnittlich vertreten (58% unter den Zugezogenen gegenüber 39% in der Restgruppe). Da in der Regel mit den Überweisungen nach Schöneberg auch die vollständigen Mitgliederunterlagen gesandt wurden, erschien es uns wenig ratsam, diese Gruppe aus der Analyse auszuschließen. Wenn also im folgenden von Parteibeitritten in Schöneberg die Rede sein wird, muß bedacht werden, daß hier eine leichte Unschärfe dahingehend besteht, daß insgesamt 16% der Beitritte in anderen Bezirken erfolgte.

Rekrutierungsmuster sozialdemokratischer Parteimitglieder in Berlin-Schöneberg 1945 bis 1973

Wir wollen zunächst anhand der univariaten Verteilung der von uns untersuchten SPD-Mitglieder in Schöneberg den Verlauf der Rekrutierung über Zeit betrachten. Hierbei wird zunächst der Frage nachgegangen, inwieweit hinsichtlich der absoluten Zahl der Beitritte direkt ablesbare Ereigniswirkungen vorliegen. Dies geschieht auf der zeitlichen Ebene von Jahresquartalen. Anschließend wird untersucht, inwieweit unterschiedliche kurz- und mittelfristige politische Phasen mit der Zahl der jährlichen Beitritte korrespondieren. Die zeitliche Einteilung in Jahre ist auch diejenige Zeiteinheit, in der die sozialstrukturellen Merkmale vorgestellt und diskutiert werden. Selbstredend kann diese Diskussion nicht in aller Breite und Tiefe geführt werden. Es kann hier lediglich auf plausible Erklärungszusammenhänge hingewiesen werden. Ferner wird es sich bei einigen Variablen aufgrund des Stichprobenumfangs nicht vermeiden lassen, mit Zwei-Jahres-Intervallen zu arbeiten. Abschließend werden, auf der zeitlichen Ebene von längerfristigen politischen Perioden, einige Analyseaspekte mit multivariaten Mitteln thematisiert.

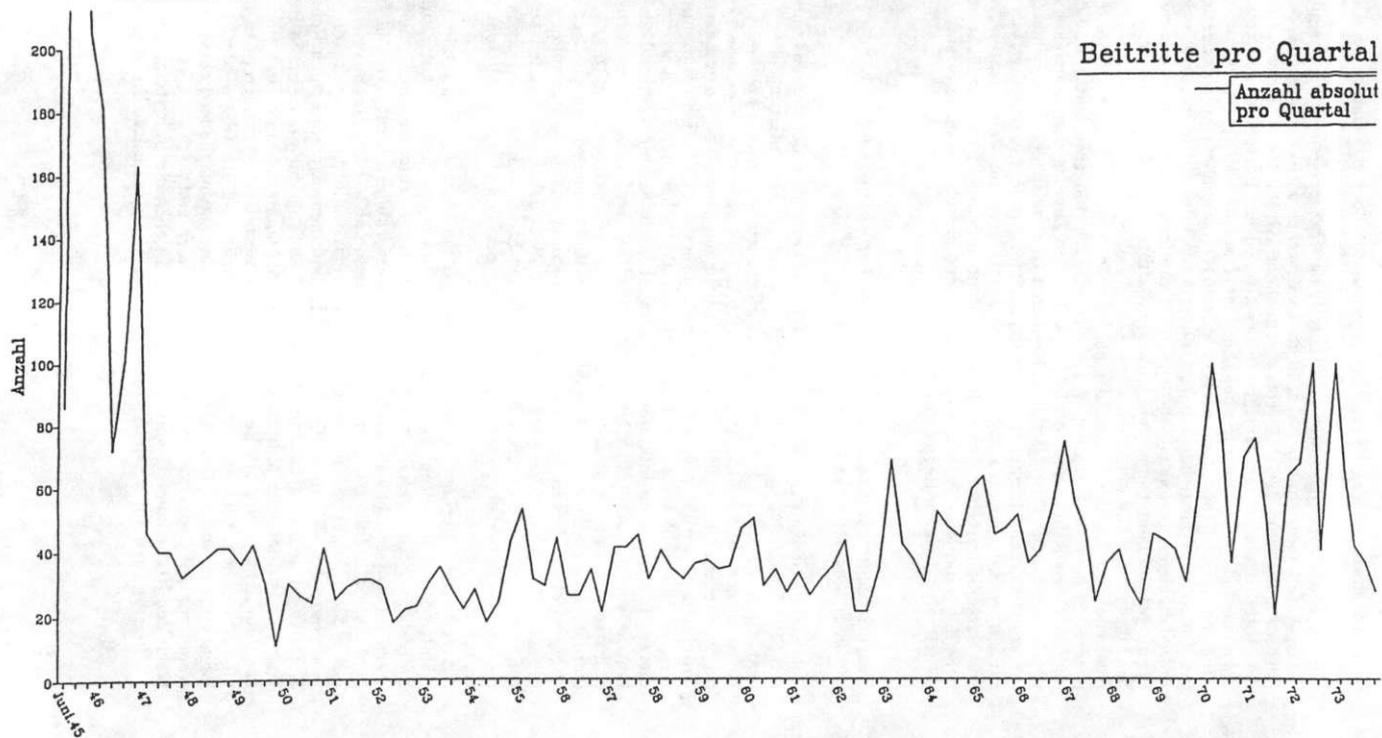
Als zeitliche Einteilung wurden, wie gesagt, zunächst Jahresquartale gewählt, da hier das Problem von Zufallsschwankungen, bedingt durch zu kleine Fallzahlen, gering gehalten wird und gleichzeitig - falls sie einen nachhaltigen Einfluß gehabt haben sollten - Ereigniswirkungen identifizierbar bleiben. Aus Schaubild 1 lassen sich nur wenige unmittelbare Ereigniswirkungen mit bloßem Auge identifizieren. Diese betreffen alle die frühe Rekonstruktionsphase der SPD in Berlin, bleiben also in einem parteigeschichtlichen Kontext. In dem Quartal unmittelbar nach der Zulassung der SPD in Berlin durch die sowjetische Militärverwaltung (SMAD) am 15. Juni 1945 sind in unserem Sample mit 558 Beitritten die höchsten Beitrittszahlen pro Quartal zu verzeichnen. Dies verdeutlicht einmal mehr, daß die SPD wieder- und nicht neugegründet wurde. Denn die (Wieder-) Gründungsmitglieder gehörten in der Regel vor 1933 sozialdemokratischen Verbänden an.(5)

Nach der Urabstimmung vom 30. März 1946 gehen die Beitrittszahlen von 181 im 1. Quartal 1946 auf 72 Beitritte im 2. Quartal 1946 zurück. Bis Juni war

Schaubild 1

3. Quartal 1945 558 Beitritte

4. Quartal 1945 206 Beitritte



unklar, ob eine SPD für Groß-Berlin weiter bestehen würde. Nach Klärung der Verhältnisse - SPD und SED wurden nach einem Beschluß der vier Mächte in allen Sektoren zugelassen - steigen in Schöneberg (britischer Sektor) die Beitrittszahlen wieder an, um dann im letzten Quartal 1946, nach den für die SPD so erfolgreichen Wahlen im Oktober 1946, noch einmal auf 163 Beitritte anzusteigen. Danach beginnt, so scheint es, eine Stabilisierung neuer Mitglieder. Dieser Prozeß ist augenscheinlich, zumindest was die absolute Zahl der Beitritte betrifft, dergestalt, daß er nicht aus kurzfristigen speziellen historischen Situationen heraus begriffen werden kann. Während der Blockade stieg die Rekrutierung leicht an, fiel jedoch danach zuerst scharf ab. Harte Währung und der Beginn einer langen Periode der Massenarbeitslosigkeit mögen hier von Bedeutung gewesen sein.(6)

Anderer Eckdaten Berliner Geschichte wie der 17. Juni 1953, die Bildung einer bürgerlichen Regierung nach dem Tod von Ernst Reuter von Oktober 1953 bis Dezember 1954, die Rückkehr der SPD zur Regierungsführung im Januar 1955, das Chruschtschow-Ultimatum vom November 1958, der Bau der Mauer im August 1961, die Periode der Politik der kleinen Schritte, die, von Dezember 1963 bis Mitte 1965, von Passierscheinverhandlungen und -aktionen gekennzeichnet war, die Bildung der großen Koalition in Bonn mit Berlins regierendem Bürgermeister Willy Brandt als Außenminister im Dezember 1966, die Studentenrevolte und der Abschluß der Berlin- und Deutschlandverträge von 1972, schlagen sich nicht unmittelbar auf die Mitgliederrekrutierung nieder.

Die drei Jahre 1970, 1971 und 1972 zeichnen sich durch extreme Schwankungen aus. Hier ist es stets das 3. Quartal, also die Sommerferienmonate Juli bis September, in denen es zu starken Rückgängen kam. Entgegen unseren ersten Vermutungen, daß dies Ausdruck der - wie wir später sehen werden - starken Verjüngung, sowie verstärkter Rekrutierung von Akademikern sei, sind diese Schwankungen nicht durch sozialstrukturelle Merkmale zu erklären. Ob die Schwankungen, angesichts des Zenits der Wohlstandsgesellschaft der Nachkriegszeit, generell dem Vermögen dieser Neumitglieder, im Sommer Urlaub machen zu können, geschuldet ist, oder aber andererseits auf ein Nachlassen der Parteiaktivität im Bezirk in den Sommermonaten zurückzuführen ist, läßt sich hier nicht nachprüfen.

Bis auf die Jahre 1945/46 liegen damit zwar keine unmittelbaren Ereigniswirkungen vor, es fragt sich allerdings, ob mit den oben erwähnten Eckdaten Schwellenverschiebungen verbunden sind.

So fällt in Tabelle 2 auf, daß, nachdem die SPD wieder Regierungspartei war, die Mitgliederrekrutierung (bis auf das Jahr 1956) höher war als im Zeitraum

Tabelle 2: Absolute Anzahl der Parteibeitritte in
Berlin-Schöneberg 1945 bis 1973

Jahr	N	Jahr	N	Jahr	N
1945	855	1955	157	1965	206
1946	522	1956	107	1966	207
1947	158	1957	158	1967	163
1948	156	1958	141	1968	141
1949	118	1959	153	1969	173
1950	122	1960	141	1970	280
1951	117	1961	126	1971	214
1952	92	1962	119	1972	306
1953	117	1963	180	1973	169
1954	115	1964	201		

zuvor. Auch der ab 1954 verstärkte Abbau der Arbeitslosigkeit kam hier möglicherweise zur Geltung. Weiterhin ist deutlich, daß in der Zeit der anfänglichen Entspannungspolitik des Berliner Senats unter der Führung von Brandt, Bahr und Albertz die Mitgliederrekrutierung stärker wurde. Diese Regierung und deren Politik waren nachweislich sehr populär. Diese Popularität dauerte an bis Brandt nach Bonn ging, um in der großen Koalition Außenminister zu werden. Die Zahl der Neuzugänge von 1967 bis 1969 (Periode der akuten Studentenrevolte, erzwungener Rücktritt von Heinrich Albertz) lag niedriger als zuvor. In der Periode der Vertragsverhandlungen und der ausgehenden Studentenrevolte, in der unter anderem für einen "Gang durch die Institutionen" plädiert wurde, steigen diese Zahlen wieder an. Die vergleichsweise hohe Zahl der Parteibeiträge 1972 ist möglicherweise auch in einem bundespolitischen Kontext zu sehen.(y)

Geschlecht

Die SPD ist, wie alle Parteien, männlich dominiert. Ein Zustand, der bis 1973 keine kontinuierliche Verbesserung erfährt, sondern zwischen 20 und 35 Prozent oszilliert.

Tabelle 3: Beitritte pro Jahr nach Geschlecht

Jahr	Män ner %	Frau en %	N=1007.	Jahr	Män ner %	Frau en %	N= 100/1
1945	77	23	(852)	1960	64	36	(141)
1946	73	27	(520)	1961	76	24	(126)
1947	71	29	(156)	1962	81	19	(119)
1948	66	34	(156)	1963	78	22	(180)
1949	81	19	(118)	1964	78	22	(201)
1950	80	20	(122)	1965	81	19	(206)
1951	71	29	(117)	1966	75	25	(206)
1952	76	24	(91)	1967	80	20	(163)
1953	74	26	(117)	1968	67	33	(141)
1954	70	30	(115)	1969	64	36	(172)
1955	68	32	(157)	1970	69	31	(280)
1956	32	18	(107)	1971	76	24	(214)
1957	75	25	(158)	1972	78	22	(306)
1958	75	25	(141)	1973	72	28	(169)
1959	71	29	(153)				

Zwischen 1945 und 1948 steigt der Anteil der Frauen an den jährlichen Neuzugängen von 23% auf 34% an, um in den Jahren 1949/50 auf 20% zurückzufallen. Anschließend steigt der Frauenanteil wieder und liegt 1954/55 wiederum bei 30% bzw. 32%. Erst Ende der 60er Jahre liegt er erneut bei etwa einem Drittel. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß das Verhältnis von berufstätigen zu nicht berufstätigen Frauen im Laufe der Zeit mit etwa 2:1 ziemlich konstant bleibt.

Alter

Die Einteilung der Variable Alter erfolgte nach lebenszyklischen Gesichtspunkten, wobei wir davon ausgehen, daß bis zum 35. Lebensjahr berufliche Orientierungs- und Qualifizierungsschritte weitestgehend abgeschlossen bzw. in ihrem weiteren Verlauf relativ eng determiniert sind, sowie generell die 'Lagerung im sozialen Räume' (Karl Mannheim) einen ersten Abschluß findet (Familiengründung, fester Besitzstand und sozialer Status). Der Aspekt der Generationen im Sinne Mannheims wurde nicht explizit operationalisiert, wird jedoch in unseren Überlegungen Berücksichtigung finden.

Tabelle 4: Altersverteilung der jährlichen Neuzugänge

Jahr	bis 34	bis 54	äl ter	N=1007.	Jahr	bis 34	bis 54	äl ter	N= 1P07.
1945	10/1	537.	377.	(835)	1960	377.	437.	20%	(141)
1946	28	55	25	(504)	1961	60	27	13	(125)
1947	23	57	20	(153)	1962	55	27	18	(118)
1948	38	42	20	(155)	1963	60	29	11	(176)
1949	36	50	14	(114)	1964	52	34	14	(199)
1950	25	54	21	(119)	1965	60	28	12	(206)
1951	28	50	22	(116)	1966	61	26	13	(207)
1952	35	53	13	(87)	1967	67	27	6	(161)
1953	35	49	16	(115)	1968	66	21	13	(140)
1954	38	39	23	(114)	1969	66	22	12	(171)
1955	30	54	21	(156)	1970	57	26	17	(276)
1956	24	54	22	(106)	1971	69	24	17	(214)
1957	44	35	21	(156)	1972	75	18	7	(303)
1958	37	45	18	(140)	1973	65	28	7	(167)
1959	44	42	14	(153)					

Die Altersstruktur der rekrutierten Mitglieder ändert sich im vorliegenden Untersuchungszeitraum drastisch. Lediglich in der Zeit der Wiedergründung 1945 bzw. 1946 waren über ein Viertel bzw. ein Drittel der Beitretenden über 55 Jahre alt. Bis zu Beginn der 60er Jahre stellten die beiden älteren von uns definierten Altersgruppen die Mehrzahl der neu beitretenden Mitglieder. In den 60er Jahren sind es die unter 35-Jährigen. Ab 1967 stellt diese Gruppe nahezu durchgehend bis 1973 zwei Drittel der Rekrutierten. Der Verjüngungsprozeß erfolgte relativ kontinuierlich, wobei ab etwa 1960 eine besondere Intensivierung dieses Prozesses erfolgte.

Familienstand

Bemerkenswerterweise schlägt die oben festgestellte starke Verjüngung der Mitglieder nicht sonderlich stark auf die Zusammensetzung der Parteibeitritte im Hinblick auf den Familienstand durch. Dies ist - wie eine Sonderauswertung ergab - darauf zurückzuführen, daß auch unter den noch nicht 35-Jährigen der Anteil der Verheirateten stets bei mindestens 50 Prozent lag. Der Verheiratetenanteil war zwar in den Wiedergründungsjahren besonders hoch

Tabelle 5: Parteibeitritte nach Familienstand

Bei trittsjähr	ledig	ver hei ratet	gesch ieden,ver witwet	N=100%
1945	127.	777.	117.	(670)
1946	15	74	11	(394 >
1947	19	68	13	(119)
1948	21	74	25	(58)
-----	---	---	---	-----
1952	32	61	7	(41)
1953	20	70	10	(51)
1954	31	64	5	(62)
1955	21	63	16	(61)
1956	29	62	9	(42)
1957	19	73	8	(74)
1958	27	64	9	(58)
1959	26	66	8	(80)
1960	23	64	13	(70)
1961	21	72	7	(61)
1962	33	64	3	(58)
1963	33	59	8	(83)
1964	25	72	3	(118)
1965	34	61	3	(118)
1966	29	62	9	(124)
1967	35	58	7	(107)
1968	21	67	12	(85)
1969	32	55	13	(101)
1970	28	62	10	(176)
1971	23	68	9	(144)
1972	40	51	9	(138)
1973	---	---	---	-----

und sank in den 60er Jahren leicht ab, aber die Verheirateten bilden stets die Mehrheit. In den sechziger Jahren ist lediglich ein leichtes Ansteigen des Anteils der Ledigen zu verzeichnen. Der Anteil der nicht-ledigen Allein-stehenden bleibt relativ konstant.

Geburtsort

Dieses Merkmal wird von sehr unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Voraussetzungen geprägt, die erst unter Berücksichtigung des Alters bzw. Geburtsjahres angegangen werden können. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß für die Jahre 1947-50 keine Daten vorliegen.

Der Anteil der in Berlin geborenen Mitglieder beträgt im Durchschnitt 50%. Traditionellerweise waren es Menschen aus dem "Osten" - also aus dem Gebiet der heutigen DDR und der ehemaligen Ostprovinzen -, die von der Metropole Berlin angezogen wurden. So ist denn auch bis Mitte der 50er Jahre der Anteil dieser Gruppe relativ stark. Dies geht allmählich zurück. Stattdessen zeichnet sich Anfang der 60er Jahre eine deutliche Zunahme von Mitgliedern ab, die in Westdeutschland geboren sind. Der altersmäßigen Dimension dieser Nachwirkungen der veränderten Lage Berlins - verringerter Zugang nach 1939 bzw. 1945, radikale Behinderung des Zugangs aus der DDR seit dem Mauerbau 1961 - kann hier nicht weiter nachgegangen werden.

Tabelle 6: Parteibeitritte pro Jahr nach Geburtsort

Jahr	Berlin	"Ostern" dabei heutige DDR	Westd.	N= 10(371)
1945	487.	397.	217.	137. (593)
1946	44	42	22	15 (190)
----	---	---	---	----
1951	29	61	36	11 (56)
1952	44	47	23	8 (61)
1953	57	32	20	11 (95)
1954	47	45	26	8 (98)
1955	62	26	18	10 (126)
1956	52	35	20	13 (85)
1957	54	35	16	11 (127)
1958	47	38	22	15 (123)
1959	56	30	18	14 (137)
1960	61	27	10	12 (126)
1961	50	31	16	19 (116)
1962	52	31	9	17 (106)
1963	61	24	13	15 (150)
1964	55	31	17	14 (176)
1965	51	26	15	23 (187)
1966	48	30	17	22 (196)
1967	56	24	12	20 (149)
1968	35	32	21	33 (131)
1969	56	24	13	20 (162)
1970	48	29	19	23 (254)
1971	49	23	14	28 (203)
1972	46	18	11	36 (277)
1973	50	20	13	30 (150)

Beruf

In den Jahren 1948 bis 1972 wurde in den Beitrittsformularen zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf unterschieden. Da diese jedoch lediglich die Hälfte der ausgewerteten Mitgliederdokumente umfassen - im Falle eines Fortzugs wurde, wie bereits erwähnt, auf einer Karteikarte lediglich eine Berufsangabe festgehalten -, soll die Berufsstruktur zunächst anhand einer zusammengefaßten Berufsvariablen vorgestellt werden, um möglichst alle Fälle zu berücksichtigen. Hierbei gehen wir davon aus, daß es sich in den Dokumenten, in denen lediglich nach dem Beruf gefragt wurde, in der Regel um den ausgeübten Beruf handelt.

Das Bild, welches sich in Tabelle 7 für Berlin-Schöneberg ergibt, korrespondiert nicht mit Ergebnissen, die Susanne Miller für Westdeutschland gefunden hat, um damit einen langfristigen Einfluß des Godesberger Programms auf die Veränderung der Berufsstruktur von neuen Parteimitgliedern nachzuweisen.

In Berlin-Schöneberg ist von 1948 bis 1972 kein Trend feststellbar. Weder nimmt der Arbeiteranteil im Laufe der Zeit deutlich ab, noch der der Angestellten und "höheren" Berufe deutlich zu. Die von Frau Miller für das Jahr 1958 für das Bundesgebiet angegebene Zahl von 55% Arbeiter unter den neuen Parteimitgliedern(8) wird in der Schöneberger Studie zu keinem Untersuchungszeitpunkt auch nur annähernd erreicht (zum Vergleich: Schöneberg 1958, Arbeiteranteil 31%).

Tabelle 7: Beitrittsjahr nach Beruf

Jahr	Insgesamt				N=1007.	Nur Berufstätige			
	Arbeits- brfs. tätig	Arbeits- ter	Ange- stelle	höhe Berufe		Arbeits- ter	Ange- stelle	höhe Berufe	N=100%
1945	U/1	37%	34/1	177.	(814)	427.	387.	207.	(720)
1946	15	31	36	18	(499)	37	42	21	(422)
1947	16	28	36	20	(152)	34	42	24	(128)
1948	19	33	36	13	(152)	41	44	15	(123)
1949	20	36	29	15	(112)	45	36	19	(89)
1950	21	22	36	21	(119)	28	46	26	(94)
1951	27	36	26	11	(111)	49	36	15	(81)
1952	31	33	26	10	(89)	47	38	15	(61)
1953	25	31	31	13	(112)	42	42	17	(84)
1954	32	32	24	12	(108)	46	36	18	(73)
1955	26	28	35	11	(148)	37	48	15	(109)
1956	26	28	35	17	(102)	35	44	21	< 82)
1957	14	39	31	16	(153)	45	36	19	(131)
1958	17	31	37	15	(138)	38	45	17	(114)
1959	19	37	31	13	(147)	45	39	16	(119)
1960	22	26	30	22	(139)	33	39	28	(108)
1961	19	34	40	7	(122)	41	50	9	(99)
1962	17	29	39	15	(119)	35	47	18	(99)
1963	18	35	30	17	(175)	43	36	21	(143)
1964	22	33	32	14	(199)	42	40	17	(156)
1965	22	34	31	13	(203)	43	40	17	(159)
1966	24	27	34	15	(203)	36	45	19	(154)
1967	24	25	37	15	(159)	32	48	20	(121)
1968	33	19	29	19	(139)	28	43	29	(93)
1969	22	24	38	16	(168)	30	49	21	(131)
1970	30	30	28	12	(276)	43	39	18	(192)
1971	28	32	29	11	(214)	44	41	15	(155)
1972	33	22	33	14	(300)	32	48	20	(206)
1973	29	27	34	11	(169)	38	48	15	(120)

Dennoch gibt es erhebliche Schwankungen, die hier nur zu einem kleinen Teil erklärt werden können. So ist der hohe Anteil der Nichtberufstätigen, der von Beginn bis etwa Mitte der fünfziger Jahre auf nahezu ein Drittel ansteigt, im Zusammenhang mit der Massenarbeitslosigkeit in dieser Zeit zu sehen. Ebenfalls ist zu bemerken, wie der Anteil der Kategorie der Nichtberufstätigen vom Beginn der 60er Jahre bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraumes erneut ansteigt und zeitweilig bei einem Drittel liegt. Dies ist, wie wir später sehen werden, auf eine starke Verjüngung der Neumitglieder - darunter ab Mitte der 60er Jahre viele Studenten und in Ausbildung Befindliche - zurückzuführen.

Bemerkenswert sind weiterhin die Jahre 1950 und 1968, wo der Arbeiteranteil (mit 22% bzw. 19%) am niedrigsten ist: 1950 ist wahrscheinlich wiederum mit den Stichworten Tiefstand der Produktion und Höchststand der Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen. Dagegen mögen Arbeitslose, die über Notstandsprogramme - unter SPD-Regie in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und im Rahmen des European Recovery Programs durchgeführt - Beschäftigung fanden, ermutigt worden sein, dem DGB und auch der SPD beizutreten.

Ob andererseits für das Jahr 1968 (Schwächung des Albertz-Senats, Höhepunkt der Studentenrevolte) ein Ereignisbezug vorliegt, bleibt dahingestellt.

Daß die Rekrutierung von Angestellten dann (mit 24% im Jahre 1954) am niedrigsten lag, als die SPD vorübergehend nicht die Regierung trug, stellt uns vor die Frage, inwieweit hier eine Rekrutierung aus dem öffentlichen Dienst unterblieb (s. Tabelle 13).

Die Berufsstellung der beitretenden Mitglieder weist bereits seit 1945 die Merkmale einer Volkspartei auf. Das Godesberger Programm von 1959 brachte hiernach in Berlin keine deutliche Veränderung.

Hiermit werden jedoch wesentliche Unterschiede und Wandlungen nicht ersichtlich, die sich hinter der scheinbaren sozialstrukturellen Stabilität über Zeit abgespielt haben: Die Tatsache, daß die Altmitglieder, die die SPD 1945-46 wiedergründeten, hinsichtlich ihrer beruflichen Weiterqualifizierung eine ehrgeizige Auslese der Arbeiterschaft darstellten, in Berlin bereits vor 1933 recht häufig als Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst tätig waren und 1945 nach Verantwortung in der Verwaltung und in Verbänden strebten. Die Anziehung der Berliner SPD als führende Kraft im erfolgreichen Abwehrkampf und als demokratische Regierungspartei trug ebenfalls zur Rekrutierung von Verwaltungsangestellten und Experten aus anderen Milieus bei. Ebenso muß berücksichtigt werden, daß der zunehmende Anteil der Akademiker bei der vorangegangenen Berufsdarstellung nicht zur Geltung kommt.

So geht aus Tabelle 8 hervor, daß, abgesehen von der Zeit des gezielten Aufbaus des Magistrats von West-Berlin unter Ernst Reuter in den Jahren 1949, 1950, 1951, in den 60er Jahren der Anteil der akademischen Berufe lediglich leicht ansteigt. Bei Schülern und Studenten ist jedoch eine viel deutlichere Entwicklung auszumachen. 1963 überschreitet deren Anteil an den jährlichen Neuzugängen zum ersten Mal die 10%-Marke. Zu Beginn der 70er Jahre liegt dieser Anteil bei etwa 20%.

Tabelle 8: Anteil der akademischen Berufe und Schüler bzw. Studenten an den jährlichen Neuzugängen

Jahr	Aka dem. Berufe	Schüler, Studenten	N=1007.	Jahr	Aka dem. Bern	Schüler, Studenten	N=1007.
	fe	ten			fe	ten	
	%	%			%	%	
1945	1	--	(852)	1960	6	8	(141)
1946	2	1	(522)	1961	2	9	(126)
1947	1	1	(158)	1962	6	8	(119)
1948	3	2	(156)	1963	7	12	(180)
1949	7	6	(118)	1964	6	11	(201)
1950	11	3	(122)	1965	7	13	(206)
1951	7	3	(117)	1966	9	14	(206)
1952	3	1	(92)	1967	6	15	(163)
1953	3	3	(117)	1968	7	17	(141)
1954	6	3	(115)	1969	8	11	(172)
1955	3	1	(157)	1970	7	14	(280)
1956	4	4	(107)	1971	7	19	(214)
1957	5	3	(158)	1972	7	23	(306)
1958	4	6	(141)	1973	4	19	(169)
1959	3	3	(153)				

Soziale Mobilität

Die Angaben zu erlerntem und ausgeübtem Beruf wurden in einem Codierungsschema, das 99 Ausprägungen umfaßt, festgehalten. Hieraus wiederum wurde eine Variable entwickelt, die soziale Mobilität indizieren soll.

Da, wie bereits erwähnt (siehe Tabelle i), beide Angaben nicht durchgehend ermittelt wurden, können wir diesen Indikator nur für die Zeit von 1948 bis 1972 benutzen. Im übrigen zwingt uns der Stichprobenumfang - hier sei noch einmal das Problem der Fortgezogenen erwähnt, deren sozialstrukturelle Merkmale lediglich in reduziertem Maße und mit nur einer Berufsangabe auf Karteikarten festgehalten wurden - den Untersuchungszeitraum in Zweijahresintervallen darzustellen (bis auf das Jahr 1972).

Tabelle 9 und 10 geben zunächst einen zusammengefaßten Überblick über die Verteilung von erlerntem und ausgeübtem Beruf.

Tabelle 9: Erlerner Beruf und jährliche Parteibeitritte

Jahr	Beruf				N=1007 ⁴
	ohne, k.A.f etc.	Ar bei ter	Ange stel Ite	höhe re Be rufe	
1948-49	15	37	34	14	(123)
1950-51	14	30	37	19	(120)
1952-53	9	47	34	10	(102)
1954-55	12	37	35	15	(131)
1956-57	9	38	44	9	(111)
1958-59	11	34	41	14	(122)
1960-61	13	34	35	18	(108)
1962-63	15	40	36	9	(125)
1964-65	15	41	32	12	(192)
1966-67	17	36	32	15	(181)
1968-69	20	35	34	11	(140)
1970-71	12	44	31	13	(242)
1972	15	37	36	12	(98)

Tabelle 10: Ausgeübter Beruf und jährliche Parteibeitritte

Jahr	Beruf				N=100% ⁴
	ohne, k.A., etc.	Ar bei ter	Ange stel Ite	höhe re Be rufe	
1948-49	21	39	26	14	(132)
1950-51	21	26	36	17	(118)
1952-53	25	32	26	16	(99)
1954-55	23	35	34	8	(131)
1956-57	15	37	35	13	(108)
1958-59	13	31	40	16	(126)
1960-61	13	37	32	18	(111)
1962-63	14	40	33	13	(132)
1964-65	14	35	38	13	(199)
1966-67	20	29	40	11	(195)
1968-69	24	22	38	16	(165)
1970-71	26	36	27	11	(278)
1972-73	27	27	34	12	(303)

Die von uns konzipierte Mobilitätsvariable stellt eine Rangordnungsskala mit acht Ausprägungen dar, wobei versucht wurde, zwischen schwachen, mittleren und sehr starken Abstiegs- bzw. Aufstiegsvorgängen zu unterscheiden. Die N-Verteilung an den Extremen macht es erforderlich, die drei Abstiegsstufen in Tabelle n zusammenzufassen. Gleiches gilt für die Aufsteiger insgesamt. Allerdings kommt hier eine Zusammenfassung der beiden als "starker Aufstieg" gekennzeichneten Kategorien 7 und 8 hinzu.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei daran erinnert, daß hier allein der individuelle berufliche Erfolgshintergrund zum Zeitpunkt des Parteibeitritts im Mittelpunkt der Untersuchung steht. Ob der Parteibeitritt die weitergehende berufliche Karriere der Neumitglieder beeinflußt hat, entzieht sich leider unseren Analysemöglichkeiten. Bei Funktioären ist das anders. Im Rahmen des Berlin-Projekts wurden auch solche Daten erfaßt und ausgewertet[^])

Tabelle 11: Berufliche Mobilität

Jahr	Abstieg (1-3)	ohne Hin-	Aufstieg	N=100%
		weis auf Auf- bzw Abstieg (4-5)	insgesamt dabei: stark (6-8) (7-8)	
1946-49	23	56	21	(111)
1950-51	16	58	26	(113)
1952-53	28	52	20	(103)
1954-55	28	58	14	(130)
1956-57	18	53	28	(109)
1958-59	21	45	34	(124)
1960-61	27	47	26	(106)
1962-63	13	56	31	(128)
1964-65	18	55	27	(186)
1966-67	16	58	26	(175)
1968-69	11	60	28	(141)
1970-71	14	64	23	(248)
1972	12	55	33	(116)

Mit deutlich über 50% bleibt der Anteil derjenigen mit Berufsangaben, bei denen sich keinerlei Anzeichen eines Aufstiegs oder Abstiegs ergeben, über den gesamten Untersuchungszeitraum relativ konstant.

Die ökonomisch äußerst prekäre Lage Berlins bis Mitte der 50er Jahre zeichnet sich auch hier deutlich ab. Aber auch in der Zeit danach, während der zweiten Berlin-Krise 1958-62, einer Zeit, in der infolge gesteigerter Hilfsmaßnahmen der Prozeß der Angleichung an westdeutsche Wirtschaftsverhältnisse vorangetrieben wurde und in den Jahren danach, blieben die beruflich Deprierten ein fester, wenn auch kleiner geworden Bestandteil des Rekrutierungspotentials der Berliner SPD.

Andererseits gehörten ebenso von Anfang an die beruflich bereits Aufgestiegenen zum festen Bestandteil des Rekrutierungspotentials, der über die ganze Zeit relativ konstant blieb und meistens über ein Viertel aller berufstätigen Neumitglieder ausmachte.

Während ab Anfang der 60er Jahre das Gewicht der Absteiger tendenziell abnimmt, steigt andererseits der Anteil der beruflich Aufgestiegenen seit Mitte der 50er Jahre im ganzen, wenn auch unstetig, an. Seit 1962 sind

Aufsteiger wesentlich häufiger der SPD in Schöneberg beigetreten als beruflich Deprivierte. Vorher war dies oft umgekehrt. Der nunmehr zu untersuchende Stellenwert der Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst und der der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft haben natürlich auch und gerade mit dem Parteibeitritt vorangegangenen sozialen Mobilitätsvorgängen zu tun.

Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst

Die Tatsache, daß seit Mitte der 60er Jahre in Berlin-Schöneberg, einem Bezirk mit zentralstädtischem Charakter und sozialstrukturell gemischter Bevölkerung, aber ohne sehr starke Industriegebiete, über die Hälfte der berufstätigen Neumitglieder der SPD aus der öffentlichen Verwaltung bzw. aus den öffentlichen Betrieben rekrutiert wurden, stellt uns vor mehrere Fragen hinsichtlich der Bedeutung und des Funktionswandels des öffentlichen Dienstes für die SPD.

1945 sah es trotz der gouvernementalen Orientierungen und Ansprüche der Altmitglieder dieser Partei anders aus, obwohl der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an den (Wieder-) Beitritten 1945 mit 24% vermutlich etwas höher als vor 1933 lag. (io) Das änderte sich erst, als "nach dem großen Sieg der SPD bei den Oktoberwahlen 1946 ... die politische Sicherung funktionsfähiger Verwaltungen außerordentlich wichtig geworden (war)."(11)

Tabelle 12: Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an den berufstätigen Neuzugängen
N = 100%

1945	24 %	(582)
1946	24 %	(339)
1947	36 %	(116)
1948	46 %	(101)

Ab 1947 war die SPD im Magistrat und in allen 20 Verwaltungsbezirken Groß-Berlins die stärkste Regierungspartei geworden. Die Rekrutierung aus dem öffentlichen Dienst war bis 1949 ein durch Erfolg gekennzeichnetes Bestreben der SPD in Berlin. Als nach 1950 generell die Mitgliederrekrutierung bei der Berliner SPD - in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression in Berlin und des Wirtschaftswunders in Westdeutschland - nachließ und die SPD in Berlin über weniger Stimmen verfügte als die beiden bürgerlichen Koalitionspartner zusammen, ging die Attraktivität der SPD für Angehörige des öffentlichen Dienstes, absolut und relativ, stark zurück.

Mit der Rückkehr der SPD in den Magistrat als führende Regierungspartei bei gleichzeitiger Zunahme einer wirtschaftspolitischen Stabilisierung und Anfang der 60er Jahre auch Angleichung an westdeutsche Verhältnisse stieg die Rekrutierung von Mitgliedern und dabei insbesondere von Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Welches Gewicht die Gewerkschaften für die SPD im Hinblick auf die Rekrutierung aus dem öffentlichen Dienst gehabt haben, geht ebenfalls aus der Tabelle 13 hervor. Stets waren unter den Neumitgliedern die meisten Angehörigen des öffentlichen Dienstes ebenfalls bereits gewerkschaftlich organisiert, als sie der SPD beitraten. Andererseits waren die meisten Gewerkschafter gleichzeitig im öffentlichen Dienst tätig, als sie der SPD beitraten. Bedeutend seltener wurden Gewerkschafter zu SPD-Mitgliedern, wenn sie in der Privatwirtschaft tätig waren.

Tabelle 13: Anteil der Gewerkschaftsmitglieder und im öffentlichen Dienst Beschäftigter an den berufstätigen Neumitgliedern

Jahr	a öffentl. Dienst	b Gewerk- schaft	a+b bei des	b-(a+b) Gewerk. in Privat- Wirtschaft	N=100%
1948-49	46	30	24	6	(175/116)
195(3-51	29	23	16	1	(103)
1952-53	31	27	15	12	(61)
1954-55	34	23	14	9	< 69)
1956-57	42	43	31	12	(94)
1958-59	53	43	35	8	(109)
1960-61	49	45	30	15	(100)
1962-63	47	50	37	14	(115)
1964-65	56	59	43	16	(182)
1966-67	59	57	42	15	(161)
1968-69	57	47	35	11	(128)
1970-71	56	52	37	15	(214)
1972-73	52	54	35	19	(231)

Entwicklungen über Zeit zeichnen sich ebenfalls ab. Sie lassen sich deutlicher erkennen, wenn im folgenden von den Neumitgliedern ausgegangen wird, die Angehörige des öffentlichen Dienstes (in Tabelle 14) bzw. bereits gewerkschaftlich organisiert (in Tabelle 15) waren.

Ab 1956 scheinen die Gewerkschaften eine wesentlich größere Bedeutung als zuvor hinsichtlich der Rekrutierung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes seitens der SPD angenommen zu haben. Dies traf in außerordentlichem Maße für die Jahre 1962-65 zu, in der die Stellung der Regierung Brandt überragend, stabil und populär war. Das war auch die Regierungszeit, in der sozialdemokratische Führer von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ÖTV und DAG) vielleicht zu einer neuen Qualität von politischem Gewicht gelangten.

Tabelle 14: Anteil der gewerkschaftlich Organisierten unter den im öffentlichen Dienst Beschäftigten

Jahr	Gewerk- schaft	nicht	N=1007.
1948-49	50	50	(56)
1950-51	54	46	(28)
1952-53	50	50	(18)
1954-55	40	60	(30)
1956-57	72	26	(39)
1958-59	66	34	(58)
1960-61	61	39	(49)
1962-63	78	22	(54)
1964-65	78	22	(102)
1966-67	71	29	(95)
1968-69	63	37	(73)
1970-71	67	33	(120)
1972-73	68	32	(120)

Tabelle 15: Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten unter den gewerkschaftlich Organisierten

Jahr	öffentl. Dienst	Privat-Wirtschaft	N=1807.
1948-49	80	20	(35)
1950-51	65	35	(23)
1952-53	36	44	(16)
1954-55	60	40	(20)
1956-57	73	27	(40)
1958-59	81	19	(47)
1960-61	67	33	(45)
1962-63	72	28	(58)
1964-65	74	26	(107)
1966-67	74	26	(91)
1968-69	77	23	(60)
1970-71	71	29	(112)
1972-73	65	35	(125)

Aus Tabelle 15 geht auch hervor, daß im Unterschied zu den frühen 50er Jahren, es ab 1956 bei den gewerkschaftlich organisierten Neumitgliedern selten vorkam, daß der Anteil der in der Privatwirtschaft Tätigen 30% überschritt.

Aus diesen Ausführungen wird deutlich, daß für Berlin die Rekrutierungsmerkmale öffentlicher Dienst und Gewerkschaftszugehörigkeit in Verknüpfung miteinander gesehen werden müssen.

Integration und Einbindung

Zwei Aspekten der "Parteiloyalität" läßt sich anhand unserer Daten nachgehen.

Die Dauer des Verbleibs in der SPD Schöneberg ließ sich meistens ermitteln, da in der Regel Austritt, Fortzug, Tod oder Streichung - mit Datum - in den Unterlagen vermerkt war. Die Dauer der Mitgliedschaft kann als Indikator sowohl für die individuelle Bindung des einzelnen Parteimitgliedes an die Partei angesehen werden, als auch, aus der Perspektive der Parteien, für das Einbindungs- und Integrationsvermögen einer Partei über Zeit. Andererseits wurde, wie anfänglich erwähnt, die gleichzeitige Parteimitgliedschaft von Familienmitgliedern anhand der Merkmale Namens- und Adressengleichheit ermittelt. Dies konnte bisher lediglich innerhalb der jeweiligen oben näher beschriebenen Datenerhebungszeiträume: 1945-50, 1951-63, 1964-73, geschehen.

Von der ältesten und traditionsreichsten Partei Deutschlands, einer Partei, die zumindest früher von einer eigenen Subkultur getragen wurde, hieß es, daß die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie über die Familie "lief". Der Frage, inwieweit diese Aussage auch für die Zeit nach 1945 Gültigkeit hat, läßt sich mit Hilfe unseres Indikators nachgehen. Die Unvollkommenheit dieser Variable als Indikator für die gleichzeitige Parteimitgliedschaft von Familienangehörigen muß stets im Auge behalten werden und stellt vermutlich deren Brauchbarkeit als abhängige Variable in Frage.

Dennoch ist anzunehmen, daß, als Altmitglieder der SPD die Partei 1945-46 wieder aufbauten, das traditionelle Moment "familiäre Einbindung" zur Geltung kam und sich auch in den Tabellen niederschlägt.

Tabelle 16: Anteil der Beitritte von ebenfalls in der Partei organisierten Familienangehörigen (gleicher Name, gleiche Adresse)

Erste Erfassungswelle			Dritte Erfassungswelle		
N=1007.			N=1007.		
1945	227.	(855)	1964	17	(201)
1946	16	(522)	1965	16	(206)
1947	17	(158)	1966	16	(207)
1948	19	(156)	1967	12	(163)
1949	7	(116)	1968	23	(141)
1953	12	(122)	1969	14	(173)
-----			1970	23	(280)
Zweite Erfassungswelle			1971	29	(214)
1951	9	(117)	1972	18	(306)
1952	7	(92)	1973	14	(169)
1953	12	(117)			
1954	17	(115)			
1955	7	(157)			
1956	3	(107)			
1957	10	(158)			
1958	8	(141)			
1959	14	(153)			
1960	18	(141)			
1961	10	(126)			
1962	8	(119)			
1963	7	(180)			

Bemerkenswert und untersuchungswürdig ist hier auch die Feststellung, daß nach 1948 der Anteil der Parteimitglieder mit Familienangehörigen - ermittelt über gleichen Namen und Adresse - zurückgeht, und daß dieser Anteil in der zweiten Erfassungsperiode, während des gesamten 13-jährigen Zeitraumes, den diese umfaßt, im Schnitt weit niedriger liegt als in den ersten fünf Jahren zuvor. Ebenso überrascht es, daß dieser Anteil in der dritten Datenerhebungsphase, die den Zeitraum von 1964 bis 1973 umfaßt, wieder deutlich ansteigt, ja oft sogar über dem Stand von 1945 liegt. Dabei darf man nicht vergessen, daß seit Anfang der 60er Jahre bei den Neuzugängen eine starke Verjüngung stattfindet.

Inwiefern sich hier kontinuierliche Familientradition niederschlägt, läßt sich nur schwer feststellen. Dessen ungeachtet kann allerdings festgestellt werden, daß die Familie offensichtlich weiterhin - oder wieder - eine kontinuierlich wirkende Funktion hat, die unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen vermutlich eine andere Bedeutung und möglicherweise auch eine andere Beständigkeit hat.

Die Variable Mitgliedsdauer ließ sich, angesichts einer durch Todesfälle und Fortzüge immer kleiner werdenden Stichprobe, sowie dem Problem, daß bei pauschalen Streichungen die Dauer der Parteimitgliedschaft nicht exakt angegeben werden kann, lediglich als ordinalskalierte Variable konzipieren, die hier in drei Ausprägungen zur Anwendung kommt:

1. Austritt innerhalb der ersten drei Jahre

2. innerhalb von 4 bis 6 Jahren

3. länger als 6 Jahre Parteimitglied.

Diese letzte Kategorie enthält auch diejenigen Parteimitglieder, welche nach mehr als 6 Jahren Mitgliedschaft in Schöneberg verstarben oder fortzogen.

Tabelle 17: Mitgliedsdauer

Beitrittsjahr	bis 3 Jahre	4-6 Jahre	länger	N=100%
1945	7	30	63	(488)
1946	25	25	50	(366)
1947	46	14	48	(126)
1948	42	16	41	(116)
1949	30	22	46	(93)
50-51	31	12	57	(169)
52-53	23	11	66	(145)
54-55	17	9	74	(207)
56-57	17	8	75	(185)
58-59	16	11	74	(210)
60-61	12	11	77	(195)
62-63	6	13	60	(207)
64-65	17	9	74	(298)
66-67	10	11	79	(261)
68-69	10	12	78	(217)

Die Sozialdemokraten, die im Jahre 1945 ihrer Partei (wieder) beitraten - die meisten von ihnen über frühere Mitgliedschaften in der SPD, freien Gewerkschaften und/oder anderen Verbänden eng mit der Arbeiterbewegung verbunden -, erwiesen dieser deutlich länger die Treue als die Neuzugänge der Jahre 1946 bis 1948, der Jahre also, in denen unter dem Eindruck des durch Mobilisierung auf die Bevölkerung erweiterten Abwehrkampfes und der Blockade sich auch ein bis dahin unzugänglicher Teil der politischen Massenöffentlichkeit von der SPD angesprochen fühlen konnte. Dies, obwohl während der Blockade die antikommunistische Abwehr zu einer konsensuellen Kollektivhaltung der Berliner wurde.

Nach 1948 ging der Anteil der kurzzeitigen Parteimitgliedschaften zurück. Jedoch erfolgte ab Februar 1949 die Beitragszahlung in harter Währung. Zwischen 1949 und 1962/63 ist die Abnahme des Anteils kurzer Mitgliedschaften und die Zunahme längerer Mitgliedschaften kontinuierlich. Ab 1960 sind stets drei Viertel oder mehr länger als 6 Jahre in der SPD geblieben.

Einige Analyseansätze über Kontinuität und Wandel

Die bisherige Vorstellung der bivariaten Zusammenhänge ist weitgehend deskriptiv geblieben. Eine fundierte Diskussion aller Einzelaspekte, von der statistischen Scheidung des Systematischen vom Zufälligen bis hin zur konkreten Beleuchtung des spezifischen historisch sozialen Hintergrundes, hätte den Rahmen dieses Berichts gesprengt. Wir werden uns im folgenden auf einige Themenbereiche konzentrieren. Zum Zwecke der multivariaten Analyse muß jedoch zuvor eine entsprechende zeitliche Einteilung des Untersuchungszeitraumes gewählt werden.

Folgende Einteilung in längerfristige politische Perioden wurde von uns vorgenommen:

Periode 1, 1945-1949:

Erst am Ende dieser Periode stehen ökonomisch mit der Einbeziehung West-Berlins in die Währungsreform, innenpolitisch mit dem erfolgreichen, demokratisch organisierten Abschluß des Fusionskampfes für die SPD und die hierauf begründeten Wahlerfolge von 1946 und 1948, außenpolitisch mit der Westbindung, sicherheitspolitisch mit den Garantien der westlichen Alliierten.

ten, die endgültig während der Blockade von Besatzungs- zu Schutzmächten wurden, und nicht zuletzt auf der Ebene der Bevölkerung mit der Herausbildung einer konsensuellen antikommunistischen Abwehrhaltung, die wesentlichen Eckdaten des politischen Systems Berlin (West) fest.

Gerade zum Zwecke der Untersuchung dieser Periode hinsichtlich der Bedingungen der Rekonstituierung der Berliner SPD ist die Schöneberger Mitgliedstudie seinerzeit in die Wege geleitet worden. Teilergebnisse liegen bereits veröffentlicht vor.

Periode 2, 1950-1962:

Diese Periode ist ökonomisch gekennzeichnet durch lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit bis Mitte der 50er Jahre und auch danach durch ein ökonomisches Niveau, das sich erst zu Beginn der 60er Jahre dem westdeutschen anglich. Sicherheitspolitisch wurde bis Mitte der 50er Jahre der Eindruck akuter Bedrohung immer wieder durch konkret wahrnehmbare Konflikte und Konfrontationen bestätigt. Von 1954/55 bis zum Chruschtschow-Ultimatum im November 1958 war dies seltener der Fall und das Bewußtsein der latenten Bedrohung verlagerte sich auf eine psychologische Ebene. Mit dem Ultimatum begann die zweite große Berlin-Krise. Diese wurde von verbalen Drohungen genährt und von erfolglosen Verhandlungen begleitet. Erst mit dem Bau der Mauer und den anschließenden Konfrontationen und Schießereien an der Sektorengrenze wurde diese Krise gegenständlich. In dieser Periode spielten also sicherheitspolitische Themen eine dominierende Rolle.

Periode 3, 1962-1973:

Diese Periode ist gekennzeichnet durch eine schrittweise Abkehr vom Kalten Krieg hin zur Kontakt- und Entspannungspolitik. In den Jahren 1963/65, in denen entspannungspolitische Initiativen erstmals mit der Politik der kleinen Schritte in Form von Passierscheinverhandlungen eingeleitet wurden, war das Bewußtsein latenter Bedrohung immer noch vorhanden. Gleichwohl basierte die Zustimmung der Berliner zu dieser neuen Politik auf einem großen Vertrauen in den SPD-geführten Senat und in die Westmächte hinsichtlich sicherheitspolitischer Belange. Mit der Verlagerung dieser Politik nach Bonn in die große und sozial-liberale Koalition und den dort erzielten entspannungspolitischen Durchbrüchen wurde in Berlin das Bewußtsein, bedroht zu werden, allmählich schwächer. Abgesehen von einem vergleichsweise leichten Konjunkturreinbruch 1967/68 war die ganze Periode durch wirtschaftlichen Wohlstand gekennzeichnet. Innenpolitisch und in der Gunst der Wähler stand die Oppositionspartei CDU stets im Schatten der SPD. Mit dem Vietnamkrieg und der Studentenrevolte kündigten Teile der Nachkriegsgeneration den tradierten Berlinkonsens sowohl der Schutzmacht USA als auch der SPD gegenüber erstmals auf.

Die Verjüngung der Neuzugänge

Wir werden zunächst die am stärksten ins Auge fallende sozialstrukturelle Veränderung, nämlich die enorme Verjüngung, unter Einbeziehung verschiedener Kontrollvariablen untersuchen.

In Tabelle 18 ist der prozentuale Anteil der unter 35-Jährigen unter verschiedenen Kontrollbedingungen wiedergegeben.

Der Anteil der unter 35-Jährigen steigt von einer Periode zur anderen kontinuierlich an und liegt zwischen 1963 und 1973 bei etwas unter zwei Drittel. Lediglich zwischen 1945 und 1949 ist bei den Frauen der Anteil der unter 35-Jährigen größer als bei den Männern. Der Verjüngungsprozeß findet also in stärkerem Maße bei Männern als bei Frauen statt, hat jedoch in beiden Gruppen einen kontinuierlichen Verlauf.

Tabelle 18: Anteil der unter 35-Jährigen an den Neuzugängen.

	45-49	50-62	63-73	N	N	N
Insgesamt	187.	387.	647.	(1761)	(1646)	(2220)
kontrolliert durch:						
Geschlecht						
Männer	17	40	68	(1299)	(1211)	(1654)
Frauen	22	32	51	(455)	(434)	(564)
Familienstand						
ledig	41	48	79	(169)	(179)	(358)
verheiratet	11	33	53	(921)	(474)	(740)
verw.geschied.	9	10	11	(140)	(62)	(102)
Geburtsort						
Berlin	17	48	63	(382)	(658)	(1016)
DDR	8	34	56	(167)	(236)	(302)
chem. Reich	11	30	48	(157)	(207)	(210)
BRD	11	40	79	(110)	(162)	(497)
Erlerner Beruf						
ohne	—	56	58	(81)	(145)	
Arbeiter	—	30	52	(276)	(360)	
Angestellte	—	26	47	(281)	(300)	
höher	—	20	51	(102)	(117)	
Ausgeübter Beruf						
Arbeiter	—	36	56	(247)	(373)	
Angestellte	—	31	51	(255)	(419)	
höher	—	19	58	(110)	(147)	
Beruf l. Mobilität						
Abstieg	—	29	36	(164)	(134)	
Gleich	—	30	55	(390)	(545)	
Aufstieg	—	39	47	(78)	(91)	
Aufstieg stark	—	23	55	(100)	(166)	

Tabelle 18: (Fortsetzung)

	45-59	50-62	63-73	N	N	N
Öffentlicher Dienst						
öffentl. Dienst	13	35	52	(341)	(246)	(539)
nicht in OD	17	29	58	(849)	(354)	(440)
Gewerkschaftsmitglied						
Ja	—	38	51	(214)	(529)	
Nein	—	26	59	(378)	(450)	
Gewerkschaftsmitglied- schaft und öffentl. Dienst						
Beides	—	37	50	(149)	(378)	
Nur OD	—	33	58	(94)	(161)	
Nur Gewerk.	—	40	55	(65)	(151)	
Weder Noch	—	27	60	(284)	(289)	
Familienmitglieder						
keine	18	37	64	(1435)	(1473)	(1828)
Mitglieder	20	46	61	(326)	(173)	(392)
Mitgliedsdauer						
bis 3 J.	32	36	63	(353)	(210)	(112)
4-6 J.	19	32	71	(281)	(120)	(97)
länger	13	37	55	(618)	(803)	(637)

Hinsichtlich des Familienstandes ist, was nicht weiter verwundert, der Anteil der Jüngeren an den Ledigen stets am größten. Aber auch unter den Verheirateten nimmt dieser Anteil beständig zu. In der letzten Periode sind von den verheirateten Neumitgliedern über die Hälfte unter 35 Jahre alt.

Bei Betrachtung der Kontrollvariablen Geburtsort fällt der in der letzten Periode (1963-73) außerordentlich hohe Anteil der unter 35-jährigen Neumitglieder auf, die in Westdeutschland geboren sind.

Im Vergleich zu den Angestellten und den höheren Berufen sind in den 50er Jahren die jüngeren Neumitglieder eher unter den Arbeitern zu finden. Diese Differenzen sind in den 60er Jahren nicht mehr auszumachen. In diesem Zusammenhang ist besonders festzuhalten, daß der Verjüngungsprozeß in demselben Maße für Arbeiter wie für die anderen Berufsgruppen gilt. Auch bei der Variablen soziale Mobilität ist in allen Kategorien ein Ansteigen des Anteils der Jüngeren zu verzeichnen. Dies geschieht jedoch mit unterschiedlicher Intensität. Während die stärkste Steigerung dieses Anteils um 32% (von 23% auf 55%) in der Gruppe der eindeutigen sozialen Aufsteiger stattfindet, ist sie in der Gruppe derjenigen mit negativen Karriereverläufen am geringsten. Was die Kontrollgruppen Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst und Gewerkschaftsmitgliedschaft betrifft, so folgen beide Kontrollvariablen nicht nur dem Gesamtbild, sondern weisen auch ein ähnliches Muster auf. Bei

beiden Variablen ist der Verjüngungsprozeß am stärksten in der Gruppe der Nichtmitglieder.

Auch unter den Neumitgliedern mit ebenfalls in der Partei organisierten Familienangehörigen ist eine kontinuierliche Verjüngung festzustellen. Die Tatsache, daß auch unter allen Kontrollbedingungen der Variable Mitgliedsdauer der Anteil jüngerer Parteimitglieder sowohl zwischen den 50er und 60er Jahren steigt als auch in den 60er Jahren in allen Kontrollgruppen mehr als die Hälfte beträgt, indiziert die Nachhaltigkeit des Verjüngungsprozesses der Neumitglieder.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Verjüngung der Neumitglieder der SPD in Berlin Schöneberg umfassender und durchgreifender Art war. Sie betrifft nahezu alle sozialstrukturellen Segmente.

Tabelle 19: Anteil der zum Zeitpunkt ihres Parteibeitritts im öffentlichen Dienst Beschäftigten und gleichzeitig gewerkschaftlich Organisierten in den Perioden 1950-62 und 1963-73

	50-62	63-73	N	N
Insgesamt	247.	387.	(596)	(982)
Geschlecht				
Männer	27	42	(442)	(749)
Frauen	20	28	(154)	(233)
Alter				
bis 34	29	35	(188)	(537)
bis 54	25	47	(291)	(347)
älter	18	26	(113)	(95)
Familienstand				
ledig	31	35	(128)	(235)
verheiratet	26	42	(305)	(506)
verw.geschied.	32	28	(37)	(68)
Erlernerter Beruf				
ohne	37	55	(38)	(75)
Arbeiter	27	39	(218)	(308)
Angestellte	28	37	(217)	(270)
höher	12	28	(81)	(102)
Ausgeübter Beruf				
Arbeiter	22	41	(225)	(371)
Angestellte	39	45	(225)	(416)
höher	9	22	(101)	(146)
Beruf l. Mobilität				
Abstieg	21	52	(99)	(117)
Gleich	22	30	(273)	(411)
Aufstieg	52	59	(73)	(91)
Aufstieg stark	23	44	(87)	(129)

Gewerkschaftszugehörigkeit und öffentlicher Dienst

Wir haben bereits gesehen, daß diese beiden Variablen eng miteinander verknüpft sind und werden daher im folgenden (Tabelle 19) die Entwicklung des Anteils der gewerkschaftlich Organisierten und gleichzeitig im öffentlichen Dienst beschäftigten Neumitglieder unter verschiedenen Kontrollbedingungen betrachten.

Insgesamt steigt der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten im öffentlichen Dienst unter den berufstätigen Neumitgliedern von 24% in der Zeit von 1950-62 auf 38% in der Zeit von 1963-73. Mit einer einzigen Ausnahme geschieht die Steigerung dieses Anteils unter allen hier aufgeführten Kontrollbedingungen, jedoch mit erheblichen Unterschieden, was den Grad dieser Steigerung angeht. Sie findet stärker bei Männern, Verheirateten und Leuten mittleren Alters statt. Ferner ist sie bei Angestellten am geringsten und bei Arbeitern und höheren Berufsstellungen deutlich größer. Bemerkenswert ist weiterhin bei der Variable soziale Mobilität die Gruppe derjenigen mit negativen beruflichen Karriereverläufen: Hier beträgt die Steigerung des Anteils der Gewerkschafter im öffentlichen Dienst 33%. In der letzten Periode (1963-73) ist in dieser Gruppe über die Hälfte sowohl gewerkschaftlich organisiert als auch im öffentlichen Dienst beschäftigt. Auf der anderen Seite sind es die eindeutigen sozialen Aufsteiger, bei denen sich dieser Anteil ebenfalls deutlich, um 18% von 24% auf 42% steigert.

Soziale Mobilität

Wir haben bereits festgestellt, daß über den gesamten Untersuchungszeitraum unter den Neumitgliedern sowohl positive als auch negative Karriereverläufe recht oft anzutreffen waren, daß aber tendenzielle Veränderungen dahingehend stattfanden, daß die Neumitglieder im Laufe der Zeit seltener abgestiegen und häufiger aufgestiegen waren. Es fragt sich, ob dies gleichermaßen für Arbeiter, Angestellte und höhere Beamte zutrifft und welche Rolle hierbei die Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst und zu einer Gewerkschaft spielt.

Tabelle 20: Soziale Mobilität in drei Perioden kontrolliert durch den ausgeübten Beruf

Periode	Ausgeübter Beruf								
	Arbeiter			Angestellte			höhere Berufe		
	48	50	63	48	50	63	48	50	63
	-49	-62	-72	-49	-62	-72	-49	-62	-72
Mobilität									
Abstieg	34	35	29	13	10	9	5	4	1
gleich	50	46	31	58	56	54	71	51	70
Aufstieg	16	19	20	29	34	37	24	45	30
dabei								
stark	2	6	4	19	19	24	19	35	30
N=1007.	(50) (218) (317)			(31) (232) (361)			(21) (90) (126)		

Was die Rekrutierung von Absteigern betrifft, so geschah dies durchgehend am häufigsten bei Arbeitern. Bei Angestellten war dies öfter der Fall als bei höheren Berufen. Mit der Zeit ging allerdings die Rekrutierung von Abstei-

gern in allen drei Berufskategorien zurück. Dennoch gilt festzuhalten, daß unter den rekrutierten AArbeitern auch in der letzten Periode die Gruppe derjenigen mit negativen Karriereverläufen immer noch größer war als diejenige mit positiven.

Die Voraussetzungen für einen Vergleich der ersten Periode 1948-49 sind aufgrund der geringen Stichprobengröße ungünstig. Aber es fand möglicherweise zwischen der ersten und zweiten Periode in allen drei Kategorien eine zunehmende Rekrutierung von Aufsteigern statt; dabei scheint sie bei Arbeitern am geringsten gewesen zu sein und bei Angestellten nicht so stark wie bei den höher gestellten. Diese Entwicklung scheint sich in der dritten Periode bestenfalls bei den Angestellten fortgesetzt zu haben. Bei den höheren Berufen wurden zwischen 1963 und 1972 Aufsteiger seltener als in der vorangegangenen Periode rekrutiert.

In den Tabellen 21 und 22 müssen wir uns aus Gründen des Stichprobenumfangs auf einen Periodenvergleich zwischen 1950-62 und 1963-72 beschränken.

Tabelle 21: Soziale Mobilität und ausgeübter Beruf nach Wirtschaftssektoren

Ausgübter Beruf Arbeiter	Privatwirtsch.		Öffentl. Dienst	
	50-62	63-72	50-62	63-72
Abstieg	34	20	37	39
gleich	51	65	35	36
Aufstieg	15	15	29	25
dabei..				
stark	6	6	5	3
N=100/.	(132)	(163)	(63)	(151)
Angestellte				
	Privatwirtsch.		Öffentl. Dienst	
	50-62	63-72	50-62	63-72
Abstieg	9	10	11	9
gleich	76	67	41	47
Aufstieg	15	23	48	44
dabei..				
stark	13	15	22	29
N=1007.	(78)	(124)	(123)	(232)
Höhere Berufe				
	Privatwirtsch.		öffentl. Dienst	
	50-62	63-72	50-62	63-72
Abstieg	4	1	5	—
gleich	49	58	62	86
Aufstieg	47	41	33	14
dabei..				
stark	37	41	29	14
N=1007.	(68)	(74)	(21)	(51)

Sowohl für die Privatwirtschaft als auch für den öffentlichen Dienst trifft es in beiden Perioden zu, daß Neumitglieder mit negativen beruflichen Karriereverläufen deutlich häufiger bei den Arbeitern anzutreffen sind. Während dies 1963-72 auf Arbeiter im öffentlichen Dienst ebenso zutrifft wie in der Periode vorher, ging in der Periode 1963-72 dieser Anteil bei Arbeitern in der Privatwirtschaft zurück. Bei Angestellten bleibt der Anteil der beruflichen Absteiger in beiden Wirtschaftssektoren und in beiden Perioden mit etwa 10% konstant. In höheren Berufsstellungen sind nach 1962 keine dem Parteibeitritt vorangegangenen negativen beruflichen Karrieren mehr auszumachen.

Was den Vergleich Privatwirtschaft/öffentlicher Dienst betrifft, so ist bei den beruflichen Aufsteigern unter den Neumitgliedern in beiden Perioden festzustellen, daß diese bei Arbeitern und Angestellten wesentlich häufiger im öffentlichen Dienst zu finden sind als in der Privatwirtschaft. Bei den höheren Berufen ist dies umgekehrt. Bemerkenswert, aber hier nicht weiter zu überprüfen, ist der starke Rückgang von beruflichen Aufsteigern für den im

Tabelle 22: Soziale Mobilität und ausgeübter Beruf nach Gewerkschaftszugehörigkeit

Ausgeübter Beruf Arbeiter	Nicht Gewersch.		Gewerkschaft	
	50-62	63-72	50-62	63-72
Abstieg	35	26	34	31
gleich	45	56	46	48
Aufstieg	19	18	20	21
dabei				
stark	7	7	4	3
N=1007.	(119)	(125)	(76)	(189)
Angestellte				
	Nicht Gewersch.		Gewerkschaft	
	50-62	63-72	50-62	63-72
Abstieg	13	10	7	8
gleich	58	62	50	48
Aufstieg	29	28	43	44
dabei				
stark	18	19	18	28
N=1007.	(110)	(150)	(91)	(206)
Höhere Berufe				
	Nicht Gewersch.		Gewerkschaft	
	50-62	63-72	50-62	63-72
Abstieg	5	1	—	—
gleich	49	63	64	83
Aufstieg	45	36	36	17
dabei				
stark	37	36	21	17
N=1007.	(75)	(83)	(14)	(42)

öffentlichen Dienst beschäftigten Teil dieser Gruppe. Im privaten Sektor läßt sich über Zeit ein Zuwachs bei der Rekrutierung von Aufsteigern nur bei Angestellten festmachen.

Jetzt zu den Gewerkschaftsmitgliedern:

Nicht unter den Arbeitern, wohl aber bei den Angestellten scheint die Gewerkschaftszugehörigkeit für die Rekrutierung von sozialen Aufsteigern von deutlichem Einfluß gewesen zu sein. Unter den Arbeitern, die beruflich bessere Zeiten gekannt haben, ergibt sich bei der Kontrollvariable Gewerkschaftszugehörigkeit ein ähnliches Bild wie bei der Kontrollvariable öffentlicher Dienst. In beiden Gruppen ist der Anteil der beruflichen Absteiger größer als der der Aufsteiger. Unter den nicht gewerkschaftlich organisierten geht der Anteil der Absteiger deutlich zurück.

Mitgliedsdauer

Langjährige Mitgliedsdauer wird hier als Indikator verwendet für das Vermögen der SPD, Neumitglieder langfristig einzubinden. Wie bereits gezeigt, nahm mit der Zeit die Wahrscheinlichkeit zu, daß Neumitglieder mindestens 6 Jahre in der Partei blieben.

Tabelle 23: Anteil der länger als 6 Jahre in der Partei Verbliebenen

	45-49	50-62	63-69	N	N	N
Insgesamt	537.	717.	757.	(1185)	(1146)	(853)
kontrolliert durch:						
Geschlecht						
Männer	53	71	76	(862)	(819)	(630)
Frauen	55	72	73	(318)	(326)	(221)
Alter						
bis 34	37	73	71	(214)	(414)	(490)
bis 54	55	73	82	(645)	(519)	(254)
älter	63	63	78	(293)	(230)	(102)
Familienstand						
ledig	38	54	65	(105)	(153)	(273)
verheiratet	52	66	76	(579)	(403)	(399)
verw.geschied.	49	72	71	(90)	(54)	(52)
Geburtsort						
Eerlin	63	74	76	(232)	(473)	(435)
DDR	72	72	81	(93)	(147)	(119)
chem. Reich	54	76	72	(87)	(151)	(86)
BRD	56	70	74	(63)	(114)	(144)

Tabelle 23: (Fortsetzung)

Erlerner Beruf					
ohne	--	58	70	(72)	(97)
Arbeiter	--	60	69	(236)	(205)
Angestellte	--	62	72	(242)	(180)
höher	--	51	79	(84)	(71)
Ausgeübter Beruf					
Arbeiter	--	57	71	(214)	(184)
Angestellte	--	68	74	(233)	(228)
höher	--	53	71	(92)	(78)
		45-49	50-62	63-73	N N
Berufl. Mobilität					
Abstieg	--	55	77	(137)	(82)
Gleich	--	58	71	(328)	(306)
Aufstieg	--	62	76	(71)	(58)
Aufstieg	--	62	70	(89)	(97)
stark					
Öffentlicher Dienst					
öffentl. Dienst	56	68	75	(245)	(236) (290)
nicht in ÖD	43	56	67	(520)	(289) (218)
Gewerkschaftsmitglied					
Ja	--	73	76	(205)	(260)
Nein	--	55	66	(314)	(228)
Gewerkschaft und öffentlicher Dienst					
Beides	--	76	77	(143)	(209)
Nur ÖD	--	58	72	(90)	(81)
Nur Gewerk.	--	66	76	(62)	(71)
Weder Noch	--	54	63	(224)	(147)
Familienmitglieder					
keine	53	72	75	(989)	(1023) (714)
Mitglieder	53	67	78	(196)	(123) (139)

Wie Tabelle 23 zuerst zeigt, hing dies nicht vom Geschlecht der Mitglieder ab. Alter spielte eine konkrete Rolle, denn wenn Neumitglieder vor 1950 jünger als 35 Jahre waren, sind sie deutlich seltener in der Partei geblieben als andere oder als Gleichaltrige später. Nur vor 1950 nahm die Wahrscheinlichkeit, länger in der Partei zu bleiben, mit dem Alter eindeutig zu.

Die mittlere Altersgruppe zeigt mit der Zeit kontinuierlich stärker werdende Bindungen an die SPD. Durchgehend bleiben Ledige nicht so lange Parteimitglieder wie Verheiratete. In beiden Gruppen nimmt jedoch der Anteil der längerfristigen Parteimitglieder mit der Zeit zu. Zwischen **1950-62** und **1963-69** steigt in allen Berufskategorien und unabhängig von beruflichen Karriereverläufen die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Parteimitgliedschaft. Diese Steigerung betrifft in stärkerem Maße die aus höheren Berufen Rekrutierten sowie die beruflichen Absteiger.

In allen Zeiträumen bleiben Neumitglieder aus dem öffentlichen Dienst länger in der Partei als die in der Privatwirtschaft Tätigen. Es gilt jedoch auch hier für beide Gruppen eine kontinuierliche Steigerung des Anteils der Dauermitglieder. Wenn Angehörige des öffentlichen Dienstes auch gewerkschaftlich organisiert waren, als sie der SPD beitraten, war bereits vor **1963** die gleich hohe Wahrscheinlichkeit vorhanden wie später, Parteimitglied von Dauer zu sein, wobei allerdings noch fraglich bleibt, ob dies auch dann zutrifft, wenn im öffentlichen Dienst Beschäftigte in Pension gingen. (12) Es wird deutlich, daß bereits in den Jahren **1950-62** starke Parteibindung ein Ergebnis der gewerkschaftlich organisierten Angehörigen des öffentlichen Dienstes war.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß in den **50er** Jahren Unterschiede in der sozialen wie beruflichen Stellung hinsichtlich der dauerhaften Bindung größere Bedeutung hatten als später. Für diejenigen, die zwischen **1963** und **1969** der SPD beitraten, lag unter allen hier untersuchten Kontrollbedingungen der Anteil der länger als **6** Jahre in der Partei Gebliebenen mit einer Ausnahme durchgehend bei mindestens zwei Dritteln.

Familiäre Bindung an die Partei

Die gleichzeitige Parteimitgliedschaft von Familienangehörigen - identifiziert über Namens- und Adressengleichheit - als Indikator für Bindung an die SPD hat uns bereits auf eine Kontinuität bzw. Wiederbelebung der Bedeutung der Familie für die Sozialdemokratie hingewiesen. Im folgenden wird dieser Fragestellung weiter nachgegangen.

Zunächst einmal fällt ins Auge, daß zu allen Zeiträumen unter den Neumitgliedern Frauen häufiger als Männer Familienangehörige hatten, die ebenfalls in der SPD waren. Allein in der Zeit der Wiedergründung der SPD nach **1945** handelte es sich hierbei nicht nur um verheiratete Frauen.

Obwohl wir ohne eine aufwendige Veränderung der Datenstruktur hier keine endgültige Feststellung treffen können, finden wir in Tabelle **24** doch deutliche Hinweise, die die Annahme stützen, daß eine gleichzeitige Parteizugehörigkeit von Ehepartnern später eher bezeichnend war und daß wahrscheinlich in allen Perioden der Parteibeitritt von Frauen von der Parteimitgliedschaft des Mannes beeinflußt wurde.

Vor allem verdient die letzte Periode **1963-73** unsere Aufmerksamkeit, denn hier zeichnet sich im Vergleich zur vorangegangenen Periode vermutlich eine Wiederkehr des Stellenwertes der Rekrutierung von Parteimitgliedern über die Familie ab. Hier waren es nicht ältere Frauen, sondern die **18-** bis **34-**jährigen und noch deutlicher die **35-** bis **54-**jährigen weiblichen Neumitglieder, die zusammen mit einem anderen Sozialdemokraten wohnten.

Während bei Männern hinsichtlich des Anteils von Familienangehörigen in der Partei innerhalb aller Perioden kaum berufsspezifische Unterschiede vorliegen, gab es diesbezüglich bei Frauen bemerkenswerte Differenzen. In der Zeit des Wiederaufbaus kam die gleichzeitige Mitgliedschaft von Familienangehörigen bei weiblichen Neumitgliedern dann wesentlich häufiger vor, wenn diese nicht berufstätig waren. Später geschah es ebenso oft, wenn sie Arbeiterinnen waren.

Tabelle 24: Anteil der Neuzugänge mit ebenfalls in der Partei organisierten Familienangehörigen

	1945	1950	1963	N	N	N
	-49	-62	-73			
Insgesamt	16%	11%	18%	(1802)	(1664)	(2238)
Männer	13	7	12	(1338)	(1225)	(1669)
Frauen	35	21	34	(464)	(439)	(567)
Ledig	16	5	6	(176)	(179)	(362)
Verheiratet	24	23	39	(941)	(479)	(745)
Gesch. / veruj.	11	3	8	< 141)	(62)	(102)
Eis 34 J.	20	13	17	(323)	(622)	(1417)
35-54 J.	18	9	21	(926)	(718)	(566)
äl ter	18	10	13	(512)	(306)	(237)
LEDIG						
Männer	9	4	5	(96)	(113)	(320)
Frauen	24	7	7	(80)	(61)	(60)
VERHEIRATET						
Männer	16	15	28	(764)	(366)	(512)
Frauen	60	49	64	(173)	(113)	(233)
VERWITWET, GESCHIEDEN						
Männer	10	—	14	(72)	(14)	(29)
Frauen	12	4	6	(67)	(48)	(73)
EIS 34 JAHRE						
Männer	14	8	11	(221)	(433)	(1128)
Frauen	35	29	38	(102)	(139)	(289)
35-54 JAHRE						
Männer	13	6	13	(671)	< 509)	(412)
Frauen	32	16	44	(248)	(208)	(153)
ÄLTER						
Männer	13	7	15	(407)	(219)	(114)
Frauen	40	16	12	(105)	(87)	(39)

Schlußbemerkung

Im Rahmen dieses Berichts haben wir, wie bereits erwähnt, die kurz- und mittelfristigen Änderungen von Rekrutierungsmustern nicht näher betrachtet, da bei der Fülle der sich bietenden Fragestellungen und möglichen zeitlichen Schnittpunkte und Vergleiche allein die konkrete Einbindung in den jeweiligen historisch-sozialen Kontext für den Rahmen dieses Berichtes zu umfangreich geworden wäre, ganz zu schweigen von den jeweiligen statistisch-methodischen Problemen. Im übrigen wird sich auf dieser Ebene der Indikator "Rekrutierungsmuster" nicht nur im Zusammenhang mit Fragen über das Anspruchsvermögen der SPD bzw. auf der individuellen Ebene für das politische Engagement

als nützlich erweisen, sondern auch im Zusammenhang mit Fragestellungen, wo dieser nur ein Indikator unter vielen ist.

Stattdessen wurden in diesem Bericht eher überblickartig Ansätze zur weiterführenden Untersuchung von Langzeittrends ausgearbeitet. Das wichtigste Ergebnis war die erhebliche Verjüngung der Neumitglieder. Dies hatte bis 1973 noch keinen Einfluß auf die anderweitigen sozialstrukturellen Rekrutierungsmerkmale. Diese Verjüngung trug nicht dazu bei, daß die SPD in Berlin-Schöneberg weniger Arbeiterpartei und mehr eine Partei der neuen Mittelschicht wurde.

Unsere Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß die SPD hier eher die "etablierten" Jüngeren - Berufstätige, Verheiratete - gewann.

Gleichwohl ist die Annahme berechtigt, daß Veränderungen, die erst in den 70er Jahren in der Berliner SPD zum tragen kamen, in den 60er Jahren bereits angelegt wurden; so z.B. die verstärkte Rekrutierung von Schülern und Studenten ab 1963. Man kann wohl davon ausgehen, daß die in dieser Zeit beitretende akademische Jugend, die zu etwa drei Viertel länger als 6 Jahre in der Partei blieb, später in höhere Berufsstellungen gelangte. Mit welcher Intensität und ab wann dies Einfluß auf die parteiinterne Funktionärsauslese hatte, wäre durch begleitende und weiterführende Untersuchungen zu eruieren.⁽ⁱ³⁾

Auf der anderen Seite ist eine eindeutige Verstärkung der Tendenz auszumachen, Parteimitglieder aus dem vornehmlich gewerkschaftlich organisierten Teil des öffentlichen Dienstes zu rekrutieren.

Der vom Anfang des Untersuchungszeitraumes an recht hohe Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten unter den Neuzugängen ist mit dafür verantwortlich, daß der Anteil der Arbeiter seit 1945 zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit unter den Berufstätigen darstellt, wobei hier festzuhalten gilt, daß dieser Anteil im Laufe der Zeit aber auch nicht abnahm. Ob dies irgendwann bzw. irgendwo in Berlin nach 1945 anders war, inwieweit es in westdeutschen Regionen ähnlich bzw. anders war, sind Fragen, die sich unmittelbar anschließen.

Anmerkungen

* Eine Kleinförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft ermöglichte die Herstellung einer Gesamtdatensatz und deren Analyse für diese Studie.

1 Harold Hurwitz/Klaus Suhl, *Autoritäre Tradierung und Demokratiepotezial in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung*, Köln 1984, S. 191-264.

Albrecht Kaden, *Einheit oder Freiheit*, Hannover 1964, Exkurs, S. 299-339.

2 Richard Stoß, *Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik - Eine Theorie*, in: Richard Stoß (Hrsg.), *Parteienhandbuch*, Band 1, Opladen 1983, S. 54 f.

3 Ebd., S. 56.

4 Band 1: Harold Hurwitz, *Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik*, Köln 1983; Band 2: Harold Hurwitz/Klaus Suhl, *Autoritäre Tradierung und Demokratiepotezial in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung*, Köln 1984; Band 3: *Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946*, Köln 1984;

Weitere im Rahmen des Berlin-Projektes erschienene Arbeiten:

Harold Hurwitz, *Kontinuität und Bruch: Sozialdemokratie, Massenöffentlichkeit und die Besatzungsmächte im Berliner Abwehrkampf nach 1945*, in: Rolf Ebbighausen, Friedrich Tiemann (Hrsg.), *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?*, Opladen 1984;

Klaus Suhl, *Arbeiterbewegung, SPD und deutsche Einheit 1945/46*, in: Rolf Ebbighausen, Friedrich Tiemann (Hrsg.), *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?*, Opladen 1984;

- Helmut Thome, Legitimitätstheorien und die Dynamik kollektiver Einstellungen, Opladen 1981;
- Klaus Sühl/Bernhard Weßels, Zur Bedeutung von "Amtsblatt- und Handbuchdaten" für die empirisch-quantifizierende Forschung, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung, Nr. 24, Okt. 1982, S. 79-96.
- 5 Hurwitz/Sühl, 1984, (Anmerk. 1), S. 197 ff.
- 6 Klaus Schlitz, Die Sozialdemokratie im Nachkriegsdeutschland, in: Parteien in der Bundesrepublik. Studien zur Entwicklung der deutschen Parteien bis zur Bundestagswahl 1953 (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft Band 6), Stuttgart/Düsseldorf 1955, S. 199.
- Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1952-1972, Opladen 1975, S. 185-189;
- Rudolf Wildenmann, Partei und Fraktion. Ein Beitrag zur Analyse der politischen Willensbildung und des Parteiensystems in der Bundesrepublik, Meisenheim a. Glan 1954, S. 20-28;
- vgl. auch Hurwitz 1983 (Anmerk. 4), S. 372, Anmerkung 252.
- 7 Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 66.
- 8 Ebd., S. 67.
- 9 Hurwitz/Sühl 1984 (Anmerk. 4), S. 234-246.
- 10 Ebd., S. 251.
- 11 Ebd.
- 12 Es traf mindestens dann nicht zu, wenn der Parteibeitritt weniger als 6 Jahre vor Erreichen des Pensionsalters erfolgte.
- 13 Im Berlin-Projekt sind die Voraussetzungen hierfür mit EDV-gerecht angelegten Dateien, die die Berliner Kandidatenlisten der SPD zu verschiedenen Nachkriegswahlen beschreiben, bereits geschaffen.